

17.05.2013 – Pressemitteilung der Direktorenvereinigungen in Baden-Württemberg

SchulleiterInnen der Gymnasien in Baden-Württemberg nehmen Stellung zur geplanten Schulentwicklungsplanung des Kultusministeriums:

Schulleiter befürchten Schließung vieler Gymnasien im ländlichen Raum. Die Zukunftsfähigkeit beider Säulen des zukünftigen Schulsystems in Baden-Württemberg muss dauerhaft gewährleistet werden!

Die Direktorenvereinigungen bangen um den Fortbestand ländlicher Gymnasien in Baden-Württemberg, wenn das Kultusministerium die jetzt vorgestellten Eckdaten zur regionalen Schulentwicklungsplanung umsetzt. „Eine fundierte und zukunftsfähige Planung muss sowohl den Notwendigkeiten für den ländlichen Raum wie auch den Haushaltszwängen in einer Weise gerecht werden, die nicht nur angestrebte Schulabschlüsse, sondern insbesondere auch die versprochene Vielfalt der Zugänge zu diesen Abschlüssen ermöglicht“, erklären die Vorsitzenden der Direktorenvereinigungen. Jeder Schüler im Land muss auch in Zukunft eine Gemeinschaftsschule und ein Gymnasium in erreichbarer Nähe haben.

Nachdem Kultusminister Andreas Stoch, unterstützt von Ministerpräsident Kretschmann, in den vergangenen Monaten wiederholt deutlich gemacht hat, dass die Gymnasien eine der beiden Säulen des zukünftigen baden-württembergischen Schulsystems sein werden, ist bei den Eckpunkten zur regionalen Schulentwicklung, die gestern veröffentlicht wurden, zu befürchten, dass dies nicht für alle Landesteile gilt.

Vor allem Gymnasien im ländlichen Raum könnten durch die Pläne des Ministeriums vor der Schließung stehen. Denn: Gilt für den dauerhaften Erhalt einer weiterführenden Schule als Kriterium eine Zweizügigkeit mit 40 Anmeldungen pro Jahr, so wird für die Gymnasien die Dreizügigkeit und eine Mindestanmeldezahl von 60 festgeschrieben. Die Folgen sind aus Schulleitersicht gravierend: Während in ländlichen Regionen eventuell aufgrund dieser Eckdaten Gymnasien geschlossen werden müssen, weil sie unter 60 Anmeldungen bleiben, dürfen Gemeinschaftsschulen mit 40 Schülern und, wenn die derzeitige Praxis beibehalten wird, auch mit noch weniger als 40 Anmeldungen bestehen bleiben. Hier sollte das Ministerium die zukünftige Regelung in Bezug auf bestehende Gymnasien eindeutig und unmissverständlich formulieren.

Denn: Wird das Gymnasium vor Ort geschlossen oder zur Vermeidung der Schließung in eine GMS umgewandelt (weil dann ja nur 40 und nicht 60 Anmeldungen nötig sind), ist zwar das erreicht, was Prof. Bohl aus Tübingen, Berater des Ministeriums, als Voraussetzung für das Gelingen der GMS postuliert, nämlich eine Gymnasialschülerschaft von etwa 30%. Aber um welchen Preis?

Besteht das Gymnasium vor Ort nicht weiter, so wird im ländlichen Raum mindestens einem Drittel der Eltern die Wahlfreiheit der Schulform genommen. Sie werden an die GMS gezwungen, da Gymnasialangebote in erreichbarer Nähe dann nicht mehr bestehen. Damit führen die Planungen der Regierung zu einer völligen Ungleichheit in Bezug auf die Bildungschancen. Der ländliche Raum steht in der Gefahr, abgehängt zu werden. Sieht so Bildungsgerechtigkeit aus?

Aus Sicht der Schulleiter darf das Argument des Ministers - überall im Land müsse ein gutes Bildungsangebot vorgehalten werden - nicht auf den Gesichtspunkt der Erreichbarkeit von Schulabschlüssen reduziert werden. Die Erreichbarkeit einer entsprechenden Schulform für jeden Schüler muss die Vorgabe sein!

Aus Sicht der Direktorenvereinigungen wäre die Planung je einer GMS/RS und eines Gymnasiums in erreichbarer Nähe für jede/n Schüler/-in in Baden-Württemberg unabdingbar – auch wenn das Gymnasium dann z. B. „nur“ gut 40 Schüler pro Eingangsklasse hätte. Und wenn dann die Schüler/-innen der GMS/RS, die ein Abitur anstreben, in die gymnasiale Oberstufe integriert werden können – auch da wäre noch Nacharbeit zu leisten –, dann haben wir ein wohnortnahes und zukunftsfähiges Schulsystem!

Die Gymnasien des Landes sind gerne bereit, zum Wohl der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler konstruktiv bei der regionalen Schulentwicklungsplanung mitzuarbeiten, sofern die Politik dies zulässt und nötige Entwicklungen positiv begleitet.

Brigitte Röder, Vorsitzende der Direktorenvereinigung Südwürttemberg (www.dv-sw.de)
Heribert Hertramph, Vorsitzender der Direktorenvereinigung Südbaden
Uwe Müller, Vorsitzender der Direktorenvereinigung Nordbaden
Michael Burgenmeister, Vorsitzender der Direktorenvereinigung Nordwürttemberg
(www.dv-nw.de)

Für Nachfragen und Interviews stehen die Unterzeichnenden gerne bereit. Kontaktdaten:

Brigitte Röder, Kepler Gymnasium Ulm, Telefon: 0731 / 161-3671
Mail: B.Roeder@ulm.de

Heribert Hertramph, Markgräfler Gymnasium Müllheim, Telefon: 07631 / 2322
Mail: Heribert.Hertramph@lkbh.de

Uwe Müller, Max-Planck-Gymnasium Karlsruhe, Telefon: 0721 / 133-4550
Mail: direktion@mpg-ka.de

Michael Burgenmeister, Theodor – Heuss – Gymnasium Esslingen, Telefon: 0711 / 3512-2456
Mail: Michael.Burgenmeister@dv-nw.de